

# «Es ist Zeit für ein neues «Luzern '99»»

**FINANZPOLITIK** Der Gewerbeverband des Kantons Luzern plädiert für grundlegende Strukturreformen. Und für eine rasche Reform der Steuergesetzgebung.

von **Stefan Calivers**

Nächste Woche behandelt der Kantonsrat Budget und Finanzplan. Während der Voranschlag zur Zitterpartie werden dürfte, ist jetzt schon klar, dass der Aufgaben- und Finanzplan (AFP) für die Jahre 2016 bis 2019 ein weiteres Mal abgelehnt werden wird. Von allen Seiten wird der Ruf nach einer verlässlicheren und nachhaltigeren Finanzpolitik lauter.

Auch der Luzerner Gewerbeverband (KGL), ein konsequenter Verfechter einer rigorosen Sparpolitik und Fürsprecher der Tiefsteuerstrategie, hat genug von der «Rasenmäher-Methode» bei der Eindämmung des Ausgabenwachstums: «Jetzt braucht es grundlegende Reformen», schreibt KGL-Präsident Roland Vonarburg im Editorial der neuesten Ausgabe des Verbandsorgans «KMU». 20 Jahre nach dem Reformprojekt «Luzern '99» sei es an der Zeit, «die Strukturen des Kantons grundsätzlich zu hinterfragen und tiefgreifend den aktuellen Gegebenheiten anzupassen», schreibt Vonarburg. Und: «Wir vom Gewerbeverband bieten unsere Mitwirkung an.»

## Weg von der «Pflasterlipolitik»

Wie sieht diese Mitwirkung konkret aus? «Es braucht unserer Meinung nach ein neues «Luzern '99», sagt Roland Vonarburg. Der Verband habe der Regierung vorgeschlagen, eine «Gruppe Luzern 2020» zu bilden; eine Arbeitsgruppe, die über den rein politischen Kreis und die Kantonsratsfraktionen hinausgeht. Eingebunden werden sollen auch die Verwaltung und verschiedene Interessengruppen.

Der Ansatz des KGL geht damit über die vom Regierungsrat geplante Begleitgruppe zum aktuellen Konsolidierungsprogramm und den AFP hinaus. Für Vonarburg ist es nicht realistisch, innert einem halben Jahr tief greifende Strukturänderungen anzugehen und umzusetzen. «Dann bleibt es bei der bisherigen Pflasterlipolitik.» Der KGL empfiehlt ein zweigleisiges Vorgehen: Bis Juni 2016 soll eine von der Regierung geführte Gruppe die Grundlagen für ein schuldenbremskonformes Budget 2017 schaffen. Parallel dazu soll die «Gruppe Luzern 2020» an einem langfristig soliden Aufgaben- und Finanzplan AFP arbeiten.

Wo möchte der KGL denn den Hebel ansetzen? «Wir müssen eine grundlegende Auslegeordnung machen. Und es darf dabei keine Tabus geben.» Vonarburg nennt das Besoldungssystem, Privatisierungen, aber auch die Strukturen im Schul- und Gesundheitswesen als Beispiele. «Wir zielen nicht auf bestimmte Massnahmen. Aber es ist dringend nötig, dass solche Szenarien einmal geprüft und durchgerechnet werden, damit die Politik und letztlich die Bürgerinnen und Bürger eine klare Entscheidungsgrundlage haben», sagt der KGL-Präsident. «Die bisherigen



Gewerbeverbands-Präsident Roland Vonarburg fordert für den Kanton Luzern tief greifende Strukturreformen.

Foto **apimedia**

Projekte «Leistungen- und Strukturen» waren zu oberflächlich und zu eng angelegt». Zudem habe jeweils die nötige Zeit gefehlt. Diese hätte die «Gruppe Luzern 2020».

## Das ewige Thema: Ausgaben- oder Einnahmenproblem?

«Luzern hat nicht nur ein Ausgabenproblem, sondern auch ein Einnahmenproblem»: Keine Aussage einer Linkspartei oder Gewerkschaft, sondern von Regierungspräsident Reto Wyss (CVP) anlässlich des Lehrerinnen- und Lehrertages von vergangener Woche. Wyss weiter: «Die Steuereinnahmen haben zwar leicht zugenommen, liegen aber unter den Erwartungen. Gleichzeitig erhalten wir massiv weniger Geld aus dem Finanzausgleich, weil wir unsere finanzielle Stärke im Vergleich zu den anderen Kantonen gestärkt haben. Dieses Potenzial schöpfen wir aber unterdurchschnittlich aus. Luzern nimmt 2012 rund 40 Millionen Franken weniger Steuern ein als 2002 – obwohl die Bevölkerungszahl – und die Aufgaben gestiegen sind.»

Der KGL hatte bisher überhaupt kein Gehör für Korrekturen auf der Einnahmenseite. Und jetzt, wenn der Kopf einer rein bürgerlichen Regierung diese Aussagen macht? Roland Vonarburg hält sich bedeckt und stellt klar, dass für den Gewerbeverband nach wie vor die Reduktion des Ausgabenwachstums Priorität hat. Erst wenn man die Ausgaben im Griff habe, lasse sich über zusätzliche Einnahmen sprechen. Von Sparen könne aber keine Rede sein: «Der Kanton hat jedes Jahr mehr ausgegeben, nicht weniger. Von 2009 bis 2014 sind die Gesamtausgaben um 10,17 Prozent gestiegen.» Und mit 2,3 Prozent nehme der Aufwand im Kanton Luzern 2016 gegenüber dem Vorjahr im Ver-

gleich zum schweizerischen Mittel – 1,1 Prozent – überproportional zu.

«Die Tiefsteuerstrategie ist richtig und sie muss konsequent verfolgt werden», betont der KGL-Präsident. «Wir haben aber unerwartete Einbrüche beim Finanzausgleich und ein schwer korrigierbares Wachstum im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich. Deshalb braucht es hier grundlegende Anpassungen.» Bis diese greifen, seien unter Umständen Überbrückungsmassnahmen nötig.

## Für baldige Steuergesetzrevision

Ein kategorisches Nein des KGL auch zu Kleinstmassnahmen wie einer Minimalsteuer von 500 Franken für Juristische Personen respektive für 200 Franken von Genossenschaften, wie von der Regierung vorgeschlagen? «Wir haben uns nie grundsätzlich gegen eine Minimalsteuer ausgesprochen», sagt Vonarburg. «Wir haben die Massnahme lediglich im Rahmen von Sparpaketen oder als Gegenvorschlag zu einer SP-Initiative abgelehnt.»

Wie denn? Der Gewerbeverbandspräsident könnte sich eine gewisse Kompromissbereitschaft in Sachen Ertragssteigerung im Rahmen einer Steuergesetzrevision vorstellen, wie er vorsichtig formuliert. Im Gegensatz zur Regierung plädiert er aber dafür, eine solche Reform schnell anzupacken und nicht bis zur Unternehmenssteuerreform III des Bundes zu warten. «Das dauert mindestens bis 2019», so Vonarburg. Auch den aktuell diskutierten reduzierten Pendlerabzug müsste man seiner Ansicht nach in diese Überlegungen mit einbeziehen.

Nach Meinung Vonarburgs hätte man eine kleine Steuergesetzrevision bereits nach der Abschaffung der Liegenschaftssteuer angehen können, um

die Ausfälle zu kompensieren. Der KGL habe die Abschaffungsinitiative zwar unterstützt, «jedoch nur weil diese Steuer seit Langem systemwidrig war. Wir haben aber nie die Ausfälle von 20 Millionen an sich gefordert.»

Kommt also bald etwas Bewegung in die festgefahrene Auseinanderset-

zung um die kantonale Finanz- und Steuerpolitik? Sicher ist: Der Gewerbeverband ist bei diesen Fragen ein wichtiger und einflussreicher Player. 46 der 120 Kantonsratsmitglieder aus den bürgerlichen Fraktionen CVP, SVP und FDP gehören der sogenannten Gewerbe-

## «Wir brauchen zwingend ein Budget»

Für den Luzerner Gewerbeverband ist die Verabschiedung des Budgets 2016 «zwingend», wie Roland Vonarburg sagt. Ansonsten sei der Kanton in seiner Handlungsfähigkeit eingeschränkt. Die Folge: Er kann viele Aufträge nicht auslösen. «Zum Schaden des Gewerbes», so der KGL-Präsident. Auch politisch befürchtet Vonarburg schädliche Auswirkungen und verweist auf die Abstimmung über die SP-Initiative zur Senkung der Unternehmenssteuern im Juni 2016. Das Dauerthema Sparen würde medial präsent bleiben und könnte dem Volksbegehren Aufwind verleihen, befürchten die Gewerbler.

Einfach durchwinken wollen die Gewerbevertreter im Kantonsrat das Budget aber nicht. Sie lehnen – wie bereits kommuniziert – die Schliessung der Fachschule Grafik ab. Bei der Berufsbildung werde überproportional gespart, bemängelt Roland Vonarburg. Diese verursache 21 Prozent der Bildungskosten, müsse aber 42 Prozent der Sparmassnahmen tragen. «Hier geht die Regierung den Weg des geringsten Widerstandes», kritisiert der KGL-Präsident. In den Be-

reichen Hochschule und Volksschule sei die Finanzierung komplexer, weil sich Bund und Gemeinden an der Finanzierung beteiligen müssten und im Falle der Fachhochschule auch das Konkordat der Zentralschweizer Kantone mitentscheide. Der Gewerbeverband verlangt dennoch im Sinne einer «Opfersymmetrie» höhere Sparanteile der anderen Bildungsbereiche. «Denn wir wollen die Nicht-Schliessung der Fachklasse Grafik unbedingt kompensieren», betont Vonarburg. Als Alternative sieht er allgemeine Sparmassnahmen, wie sie z.B. von der Planungs- und Finanzkommission oder der Staatspolitischen Kommission vorgeschlagen werden. Grundsätzlich sei es besser, bei den Sachkosten statt bei den Personalkosten zu sparen, so Vonarburg.

## Ja zur zusätzlichen Ferienwoche

Nicht engagieren will sich der KGL gegen die zusätzliche Ferienwoche an den Berufsschulen: «Das ist zwar keine glorreiche Idee, aber die Massnahme betrifft nur ein einziges Jahr und zudem gewichten wir die Verabschiedung eines Budgets höher», sagt Roland Vonarburg. **ca.**

## Hunderte demonstrieren gegen Leistungsabbau

**LUZERNER ALLIANZ** Mehrere Hundert Personen haben am Dienstag in Luzern gegen die kantonale Finanzpolitik demonstriert. Dem Regierungsrat wurde vorgeworfen, aus Sparwut nicht mehr in die Zukunft zu investieren, sondern eine Abbaupolitik zu betreiben – unter anderem in der Bildung.

Zur Kundgebung aufgerufen hatte die Luzerner Allianz für Lebensqualität, der 40 linke Parteien, Gewerkschaften und Verbände angehören. Die Allianz

hatte bereits am Montag drei Volksinitiativen lanciert, mit denen der öffentliche Verkehr, die Bildung und die Gesundheitsversorgung vom Spardruck gerettet werden sollen.

Der Kanton Luzern kommt seit Jahren nur noch dank Entlastungspaketen finanziell über die Runden. Ein Sparpaket jage das andere, sagte Katharina Meile, Co-Präsidentin der Grünen. Nun gehe es an das Lebendige. Es treffe alle, die nicht im Geld schwimmen würden.

Der Kanton Luzern hatte sich in der jüngsten Vergangenheit mit Steuer-senkungen zu profilieren versucht. So hat er die schweizweit tiefsten Unternehmenssteuern eingeführt. Steuer-senkungen seien eine unsichere Wette in die Zukunft, sagte Vera Bueller. Politiker sollten aber nicht mit der Zukunft der Jugend spekulieren.

## Sparen bei der Bildung

Bueller kämpft für den Erhalt der Fachklasse Grafik, die der Regierungsrat aus finanziellen Gründen schlies-

sen will. Dies ist nur eine von vielen Sparmassnahmen, die der Kantonsrat am Montag mit dem Budget 2016 beraten wird.

Weitere von der Regierung vorgeschlagene Massnahmen sind etwa Zwangsferien und höhere Schulgelder für Gymnasiasten, höhere Unterrichtsverpflichtungen für Lehrer oder weniger Patrouillendienste der Polizei. Die vorberatende Parlamentskommission brachte die Privatisierung der Gefängnisse in die Debatte ein.

Unter Spardruck stehen auch die sozialen Einrichtungen. SP-Präsident David Roth kritisierte, die Finanzpolitik werde vom Taschenrechner beherrscht. Der Mensch komme zu kurz. Eine Diskussion darüber, welche staatlichen Leistungen man wolle, finde nicht statt.

Roth sprach von einem eigentlichen Gesellschaftsabbau. Die Solidarität werde durch das Sparen zerstört, weil jeder zum Konkurrenten des anderen werde. **sda**